

**Zeitschrift:** Vierteljahresberichte / Statistisches Amt der Stadt Bern  
**Band:** 19 (1945)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Das kriegsbedingte Bundespersonal in Bern  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-850106>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Aufsätze:

## Das kriegsbedingte Bundespersonal in Bern

VORBEMERKUNGEN.

1. GESAMTBESTAND.

2. ARBEITER.

3. ANGESTELLTE.

a) DIENSTZWEIG, GESCHLECHT.

b) ZIVILSTAND, KINDERZAHL, ALTER.

c) DAUER DER TÄTIGKEIT IN DER BUNDESVERWALTUNG.

d) BERUFSVERHÄLTNISSE.

e) DIE BELASTUNG DES ARBEITS- UND WOHNUNGS-  
MARKTES.

SCHLUSSBEMERKUNGEN.



## Vorbemerkungen.

Die Kriegszeit brachte der öffentlichen Verwaltung vermehrte Aufgaben, zu deren Lösung sie in großem Umfang aushilfsweise Personal einstellen mußte. Den größten kriegsbedingten Bedarf an Funktionären hatte naturgemäß die Bundesverwaltung. Infolgedessen beherbergt die Bundesstadt — sei es als Dienst- oder als Wohnort — trotz einer gewissen Dezentralisation der eidgenössischen Rüstungsbetriebe und Kriegswirtschaftsämter, eine besonders große Zahl von ihnen. Kein Wunder, wenn deshalb gerade der Berner Stadtpräsident, Nationalrat Dr. E. Bärtschi, in Voraussicht des baldigen Endes der Kriegszeit, bereits in der Sommersession 1944 im Nationalrat das Schicksal der Aushilfskräfte der eidgenössischen Kriegswirtschaftsämter zur Sprache brachte und auf die Einleitung der Maßnahmen zur vorgesehenen planmäßigen Überführung dieses Personals in die Friedenswirtschaft drang. In der gleichen Nationalratssitzung begründete Nationalrat Schmid-Ruedin ein Postulat, das den Bundesrat unter anderem zu genauen Erhebungen über die Angestellten der Kriegswirtschaftsämter einlud.

Die Bundesverwaltung führte daraufhin im Januar 1945 eine Erhebung durch, um vor allem einen Überblick über Zahl und Zusammensetzung ihres kriegsbedingten Personals nach Geschlecht, Alter, Zivilstand, Kinderzahl, Wohn- und Dienstort, berufliche Ausbildung, früheren Beruf und Berufsabsichten zu erhalten. Ein solcher Überblick war sowohl im Hinblick auf den schrittweisen Abbau, wie auf die Neuplacierung der freiwerdenden Kräfte erwünscht.

Die besondere Bedeutung der Erhebung für die Stadt Bern ergibt sich aus der großen Zahl kriegsbedingter eidgenössischer Funktionäre in der Bundesstadt, die man mit Recht geneigt ist, für die seit 1939 bestehende Wohnungs- und Zimmerknappheit mitverantwortlich zu machen und die im Zeitpunkt des Abbaues zu einer starken Belastung des städtischen Arbeitsmarktes führen kann.

In dem vorliegenden Aufsatz sind jene Ergebnisse der Erhebung über das kriegsbedingte Bundespersonal herausgegriffen, die vom stadtbernerischen Standpunkt speziell interessieren. Die Darstellung stützt sich auf die vom Biga in der „Volkswirtschaft“, Jahrgang 1945, Heft 11, bereits bekanntgegebenen Zahlen sowie auf eine vom Statistischen Amte der Stadt Bern für die in Bern wohnhaften oder dienstleistenden kriegsbedingten Bundesfunktionäre veranlaßte nachträgliche Sonderauszählung. Dem Chef der Sektion Sozialstatistik im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Herrn Dr. H. Gordon, sei für dieses Entgegenkommen der verbindlichste Dank ausgesprochen.

### 1. Gesamtbestand.

Nach der Erhebung der Bundesverwaltung wies — wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht — das kriegsbedingte Bundespersonal im Januar 1945 einen Bestand von 18 445 Köpfen auf. Davon stehen nur jene Funktionäre mit der Stadt Bern in näherer Beziehung, die hier Dienst- oder Wohnort haben; es sind das 5290 oder 28,7% aller. Die restlichen 13 155 oder 71,3% fallen für uns außer Betracht.

Nach Angaben des eidgenössischen Personalamtes wurden von der Erhebung rund 4000 weitere kriegsbedingte Bundesfunktionäre nicht erfaßt. Es handelte sich bei diesen jedoch durchwegs um zusätzliche Arbeiter mit Wohn- und Dienstort außerhalb Bern, so daß diese Lücke in der Erfassung unsere auf die Berner Verhältnisse beschränkte Untersuchung nicht beeinträchtigt.

#### Das kriegsbedingte Bundespersonal nach Dienst- und Wohnort, Geschlecht und Berufsstellung

1 Arbeitsort, Wohnort	Kriegsbedingte Bundesfunktionäre					
	absolut			in %		
	überhaupt	Männer	Frauen	überhaupt	Männer	Frauen
	Arbeiter					
Dienst- oder Wohnort Bern ..	1 131	1 116	15	11,2	12,2	1,5
davon:						
Dienst- u. Wohnort Bern .	675	668	7	6,7	7,3	0,7
Dienstort Bern, Wohnort auswärts .....	174	172	2	1,7	1,9	0,2
Dienstort ausw., Wohnort Bern .....	282	276	6	2,8	3,0	0,6
Dienst- und Wohnort auswärts	8 972	8 005	967	88,8	87,8	98,5
Zusammen	10 103	9 121	982	100,0	100,0	100,0
	Angestellte					
Dienst- oder Wohnort Bern ..	4 159	2 977	1 182	49,9	46,4	61,2
davon:						
Dienst- und Wohnort Bern	3 160	2 158	1 002	37,9	33,6	51,9
Dienstort Bern, Wohnort auswärts .....	821	658	163	9,9	10,3	8,4
Dienstort ausw., Wohnort Bern .....	178	161	17	2,1	2,5	0,9
Dienst- und Wohnort auswärts	4 183	3 433	750	50,1	53,6	38,8
Zusammen	8 342	6 410	1 932	100,0	100,0	100,0
Zusammen	18 445	15 531	2 914	.	.	.

Von den 5290 Bern interessierenden Hilfskräften des Bundes sind jene am engsten an die Stadt gebunden, denen sie als Dienst- und Wohnort dient, nämlich 3835 oder 72,5%. Ihr Leben wickelt sich größtenteils in der Stadt ab.

Eine zweite Gruppe von 460 Arbeitern und Angestellten oder 8,7% der Gesamtzahl von 5290, ist — trotz auswärtigem Dienstort — durch den Berner Wohnsitz ebenfalls stark mit der Stadt verknüpft; man denke nur daran, daß auch sie hier die Steuern zu entrichten haben, denen die verschiedensten öffentlichen Ausgaben für sie gegenüberstehen, so z. B. die sehr gewichtigen Schulausgaben für ihre Kinder. Außerdem beanspruchen die beiden Gruppen den Wohnungs- und Zimmerbestand der Stadt und treten bei drohendem Stellenverlust wohl auch am Berner Arbeitsmarkt als dem nächstliegenden auf.

Die Bindung der dritten Gruppe von 995 oder 18,8% der 5290 hier interessierenden Hilfskräfte an Bern ist lockerer, weil ihnen die Stadt nur als Dienstort dient. Soweit sie nur das Wochenende an ihrem Wohnsitz verbringen, bewohnen sie als Wochenaufenthalter in Bern Zimmer und schränken dadurch das Zimmerangebot ein. Die Dienstleistung in der Stadt gibt auch ihnen gewisse Möglichkeiten vom Stellenangebot am Berner Arbeitsmarkt Gebrauch zu machen. Bei dieser Gruppe liegen, wie bei der vorgenannten, Dienst- und Wohnort auseinander, weshalb auch sie zur modernen vielumstrittenen Erscheinung der sogenannten Pendelwanderung beiträgt.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß das Gewerbe unserer Stadt auf alle drei Gruppen der Bern näher verbundenen Hilfskräfte der Bundesverwaltung als Kunden rechnen kann.

## 2. Arbeiter.

Von den 18445 erfaßten kriegsbedingten Bundesfunktionären waren 10 103 oder 54,8% Arbeiter, die nahezu ausschließlich vom Militärdepartement für die Kriegsmaterialverwaltung (Zeughäuser usw.), Militärwerkstätten, Baubureaus und Militärflugplätze beansprucht wurden. Diese befinden sich in der Hauptsache außerhalb Berns. Es kann daher nicht überraschen, wenn nur ein ausnehmend kleiner Teil der kriegsbedingten Arbeiter des Bundes in näherer Beziehung zur Stadt steht, nämlich — wie vorstehende Tabelle zeigt — 1131 oder 11,2% der Gesamtzahl. Von diesen suchen zudem noch 282 einen auswärtigen Dienstort auf.

Der Anteil der für die vorliegende Untersuchung in Betracht fallenden Frauen ist mit 15 oder 1,3% von 1131 auffallend gering, insbesondere auch

verglichen mit dem Frauenanteil bei den Arbeitern mit Dienst- und Wohnort außerhalb Bern.

Über Beruf und Berufsstellung stehen keine speziellen Angaben für die 1131 zusätzlichen Arbeiter zur Verfügung.

Was die Wohnverhältnisse betrifft, so geht aus vorstehender Tabelle hervor, daß von den 1131 Arbeitern 675, das sind 59,7% Bern zum Wohn- und Dienstort haben und damit die Mehrzahl in engster Verknüpfung mit der Stadt steht. Die zweite Kategorie der in Bern Wohnenden, nämlich jene mit auswärtigem Dienstort, ist mit 282 oder 24,9% gleichfalls bedeutend. Es haben somit 957 zusätzliche Arbeiter ihren Wohnsitz in Bern. Von ihnen sind — wie aus nachfolgender Zusammenstellung ersichtlich — nur 184 oder 19,2% zugezogen, d. h. sie ließen sich erst seit ihrem Eintritt in den Bundesdienst hier nieder, während die übrigen schon vorher in Bern „ansässig“ waren.

**Kriegsbedingte Arbeiter der Bundesverwaltung mit Wohnsitz Bern,  
nach Wohnungs- und Zuzugskategorie**

2	Arbeiter	Ansässige	Zugezogene	Insgesamt
	mit eigener Wohnung .....	571	128	699
	ohne eigene Wohnung .....	202	56	258
	Zusammen	773	184	957

In der Bundesstadt konnte also erfreulicherweise der kriegsbedingte Bedarf der Bundesverwaltung an Arbeitern weitgehend aus der eigenen Bevölkerung gedeckt werden. Dem entspricht es auch, daß — wie bereits erwähnt — mehr in Bern Wohnende einen auswärtigen Dienstort aufsuchen, als auswärts Wohnende in der Stadt ihren Dienst leisten, nämlich 282 gegenüber 174 (vgl. Tabelle 1). Von dieser Seite ist somit der städtische Wohnungs- und Zimmermarkt relativ wenig beansprucht worden. Es mag auch interessieren, daß es sich bei den in die Bundesstadt zugezogenen 184 Arbeitern ausschließlich um Männer handelt, und zwar zogen 69 aus dem Wohnkanton (Bern), 94 aus andern Kantonen und 21 aus dem Ausland zu.

Eine auffallend große Zahl, nämlich 726 oder 75,9% der 957 in Bern wohnenden kriegsbedingten Bundesarbeiter besitzt eigene Haushaltung

und eigene Wohnung. Ähnliche Wohnverhältnisse wiesen die Ansässigen und wohl auch die Weggezogenen auf.

Von den insgesamt 1131 Bern enger verbundenen kriegsbedingten Bundesarbeitern hatten außer 675 hier wohnenden noch 174 auswärts Wohnende ihren Dienstort in der Stadt. Diese 174 oder 15,4% der Gesamtzahl wohnen zu über der Hälfte in den fünf Vorortsgemeinden. Eine Auszählung in Ansässige und Zugezogene zeigt, daß fast ein Viertel der 174 seit Aufnahme ihrer kriegsbedingten Arbeit in Bern, in die heutige Wohngemeinde zugezogen ist; der Zuzug an zusätzlichen Bundesarbeitern ist also hier relativ größer als in der Stadt Bern selbst.

Eine Gegenüberstellung der 675, die Bern zum Dienst- und Wohnort haben und der 456, denen Bern nur als Dienst- oder Wohnort dient, zeigt ferner, daß der Anteil der letztgenannten unter den hier näher betrachteten kriegsbedingten Bundesarbeitern, bei denen Dienst- und Wohnort auseinander fallen, volle 40,3% beträgt. Bei ihnen handelt es sich — nach der Nähe des Wanderungsziels zu schließen — weit überwiegend um täglich ein- oder zweimal von und zum Arbeitsort Fahrende, die ganz besonders zu den unerwünschten Spitzenbelastungen der von und zur Stadt führenden Verkehrswege beitragen.

### 3. Angestellte.

Die Erhebung vom Januar 1945 stellte unter den insgesamt 18 445 kriegsbedingten Bundesfunktionären 8342 oder 45,2% Angestellte fest. Von diesen hatten 4159 oder 49,9 % Bern als Dienst- oder Wohnort (vgl. Tabelle 1) und interessieren deshalb in diesem Zusammenhang. Es gibt somit fast viermal so viel Bern eng verbundene kriegsbedingte Bundesangestellte als Bundesarbeiter. Der Anteil der mit Bern in näherer Beziehung Stehenden ist bei den Angestellten fast 4½mal so groß als bei den Arbeitern. Die Bundesstadt hatte mit 3981 Funktionären den weitaus größten kriegsbedingten Bedarf an Bundesangestellten. Dem entspricht es auch, daß nur 178 in Bern wohnende kriegsbedingte Bundesangestellte einen auswärtigen Dienstplatz aufsuchen.

#### a. Dienstzweig, Geschlecht.

Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement beansprucht — wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich — über die Hälfte der uns interessierenden 4159 Angestellten, während das Militärdepartement nur ein gutes Fünftel von ihnen verwendet. Dies steht im Gegensatz zu der viel stärkeren Heranziehung von Angestellten mit Dienst- und Wohnort außerhalb Bern durch das Militärdepartement im Vergleich zum Volkswirtschaftsdepartement



(2571 gegenüber 1021 Angestellten). Die Dezentralisation der kriegswirtschaftlichen Organisation des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes ist somit keine weitgehende. Es ist auch bei weitem nicht alles kriegsbedingte Bundespersonal in den dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement unterstellten Kriegswirtschaftsämtern tätig. Auf die beiden Departemente entfallen rund drei Viertel der Bern verbundenen — wie auch der übrigen — Hilfsangestellten der Bundesverwaltung.

**Die kriegsbedingten Bundesangestellten mit Dienst- oder Wohnort Bern, nach Departementen und Geschlecht**

3 Departemente	Kriegsbedingte Angestellte					
	absolut			in %		
	überhaupt	Männer	Frauen	überhaupt	Männer	Frauen
Volkswirtschaftsdepartement ..	2219	1478	741	53,4	49,7	62,7
Militärdepartement .....	830	653	177	19,9	21,9	15,0
Übrige Departemente <sup>1)</sup> .....	932	685	247	22,4	23,0	20,9
Unbekannte <sup>2)</sup> .....	178	161	17	4,3	5,4	1,4
Zusammen	4159	2977	1182	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Übrige Departemente mit zusätzlichen Angestellten: Justiz- und Polizeidepartement, Finanzdepartement, Politisches Departement, Bundeskanzlei.

<sup>2)</sup> Personal mit Wohnort Bern und Dienstort auswärts; dieses wurde nicht nach Departementen ausgezählt.

Die Frauen sind unter den zusätzlichen kriegsbedingten Bundesangestellten, die Bern zum Dienst- oder Wohnort haben, mit 1182 oder 28,4% stärker vertreten als unter den übrigen kriegsbedingten Bundesangestellten und den eingangs betrachteten Arbeitern. Fast zwei Drittel von ihnen finden im Volkswirtschaftsdepartement Verwendung, wo auf 2 Männer 1 Frau kommt, während der Frauenanteil bei den Hilfsangestellten des Militärdepartementes auffallend gering ist.

**b. Zivilstand, Kinderzahl, Alter.**

Hinsichtlich Zivilstand, Kinderzahl und Alter der kriegsbedingten Angestellten mit Dienst- oder Wohnort Bern wurden keine speziellen Feststellungen gemacht. Für die gesamten kriegsbedingten Bundesangestellten gilt aber, daß unter ihnen — verglichen mit dem übrigen Bundespersonal — der Ledigenanteil überdurchschnittlich groß, daß ihre Kinderzahl gering ist und daß die untern Altersstufen (30 Jahre und darunter) besonders bei den Frauen stark besetzt sind, was wieder mit dem verhältnismäßig hohen Ledigen- und Frauenanteil zusammenhängt.

**c. Dauer der Tätigkeit in der Bundesverwaltung.**

Die Erhebung bestätigte die Richtigkeit der Annahme, daß es sich bei den kriegsbedingten Bundesangestellten nicht um eine festgefügte Gruppe handelt, wies doch fast ein Viertel aller eine Dienstzeit von weniger als einem Jahr und annähernd ein weiteres Viertel eine solche von 1—2 Jahren auf. Ähnliches wie für die Gesamtzahl gilt für die Bern interessierenden Hilfsangestellten des Bundes. Die kurze Anstellungsdauer spricht dafür, daß sie — soweit es sich nicht um Anfänger handelt — weder ihren früheren Beruf verlernt, noch ihre Umstellungsfähigkeit verloren haben.

**d. Berufsverhältnisse.**

**Die kriegsbedingten Bundesangestellten mit Dienst- oder Wohnort Bern, nach Berufsgruppen und Geschlecht**

4 Berufsgruppen	Kriegsbedingte Angestellte					
	absolut			in %		
	überhaupt	Männer	Frauen	überhaupt	Männer	Frauen
<b>Kaufmännische Angestellte</b>						
gelernte <sup>1)</sup> .....	2132	1660	472	51,3	55,8	39,9
angelernte .....	717	210	507	17,2	7,0	42,9
berufsfremde .....	340	207	133	8,2	6,9	11,2
Bürohilfskräfte .....	150	115	35	3,6	3,9	3,0
Zusammen	3339	2192	1147	80,3	73,6	97,0
<b>Akademiker .....</b>	570	544	26	13,7	18,3	2,2
Dipl. Techniker	92	92	—	2,2	3,1	—
Andere Berufe .....	158	149	9	3,8	5,0	0,8
Zusammen	4159	2977	1182	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Mit abgeschlossener Berufsschule oder Berufslehre.

Der weitaus größte Teil dieser Hilfsangestellten, nämlich 3339 oder 80,3 % gehört den kaufmännischen Berufen an. Die zweitstärkste Gruppe bilden die 570 Akademiker (13,7 %). An dritter Stelle folgen die 92 diplomierten Techniker (2,2 %), während die restlichen 158 Kräfte (3,8 %) aus den verschiedenen Berufen stammen. Verglichen mit den übrigen Hilfsangestellten des Bundes sind unter den in Bern Dienstleistenden oder Wohnenden die kaufmännischen Angestellten und die Akademiker stärker, die übrigen wesentlich schwächer vertreten. Die Frauen — ganz besonders unter den Bern enger verbundenen Hilfsangestellten — gehören zu einem

noch größeren Prozentsatz dem kaufmännischen Berufe an, als die Männer (97,0% gegenüber 73,6%). In diesem Beruf spielen sie — auch an den Männern gemessen — eine bedeutende Rolle, kommt doch schon auf jeden zweiten Mann eine Frau, während das Verhältnis in allen übrigen Berufen zusammengenommen, rund 22 : 1 beträgt!

717 oder mehr als ein Fünftel aller kaufmännischen Angestellten sind angelernte Kräfte, d. h. solche, welche nur eine kurze oberflächliche kaufmännische Ausbildung genossen, bevor sie in den Bundesdienst traten. Die günstige Gelegenheit, die sich beim Bunde bot, im Bürodienst Fuß zu fassen, nützten fast 2½mal so viel Frauen als Männer aus (507 Frauen gegenüber 210 Männern). Unter den männlichen kaufmännischen Angestellten betragen die Angelernten nur ein Achtel der Gelernten, während sie unter den Frauen an der Spitze stehen.

Daß 340 Berufsfremde (207 Männer, 133 Frauen) als kaufmännische Angestellte Verwendung fanden, weist besonders deutlich auf den seinerzeitigen Mangel an geeigneten Kräften zur Deckung des plötzlich auftretenden zusätzlichen Personalbedarfs des Bundes hin. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Berufsfremden zur Vermeidung eines Überangebots an kaufmännischen Arbeitskräften in ihr früheres Tätigkeitsgebiet zurückgeführt werden sollten. Im Hinblick darauf ist die in den ersten drei Spalten der nachfolgenden Tabelle gezeigte Aufgliederung der Berufsfremden nach dem erlernten Beruf beachtlich.

Ein auffallend großer Teil der hier interessierenden berufsfremden kaufmännischen Hilfsangestellten des Bundes entstammt den freien und gelehrten Berufen, nämlich 141 oder 41,5% aller. Der Anteil ist bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten mit 87 oder 65,4% aller 133 viel bedeutender als bei den Männern, wo er immerhin noch 54 oder 26,1% von 207 beträgt.

Bei den 150 Bürohilfskräften handelt es sich um 115 Männer und 35 Frauen. Von den Männern, die aus den verschiedensten Berufen stammen, werden gegenwärtig 48 als Ausläufer, 40 als Bürodienner, 5 als Weibel und die restlichen 22 zu verschiedenen andern Zwecken verwendet; ihre jetzige Hauptbeschäftigung deckt sich in keinem einzigen Falle mit dem erlernten Beruf. Anders liegen die Verhältnisse bei den 35 weiblichen Bürohilfskräften; von ihnen werden 31 als Telephonistinnen beschäftigt, unter denen wenigstens 13 diesen Beruf lernten oder zu ihm angelernt wurden.

Der große Anteil jener unter den kaufmännischen Angestellten, die vor dem Eintritt in den Bundesdienst noch keine Praxis im erlernten Beruf hatten — es handelt sich um 697 oder 20,9% von 3339 — ist ein weiterer

Beweis für den seinerzeit dringenden Bedarf des Bundes bei gleichzeitig geringem Angebot an kaufmännischen Arbeitskräften. Zum Teil hängt die verhältnismäßig große Zahl Neuangestellter ohne Praxis mit dem geringen Durchschnittsalter des zusätzlichen Personals zusammen, das seine Neuplacierung erleichtert. Verhältnismäßig am häufigsten kommt das Fehlen einer Praxis bei den berufsfremden kaufmännischen Angestellten vor, nämlich bei 149 von 350. Unter den weiblichen kaufmännischen Arbeitskräften waren jene ohne Praxis nicht nur verhältnismäßig, sondern auch absolut häufiger als unter den männlichen kaufmännischen Angestellten, fehlte doch bei den Frauen von 1147 vollen 364, bei den Männern von 2192 nur 333 die Praxis beim Eintritt in den Bundesdienst.

**Die berufsfremden kaufmännischen Angestellten und die Angehörigen anderer Berufe nach dem erlernten Beruf mit Dienst- oder Wohnort Bern**

5 Erlerner Beruf	Berufsfremde kaufmännische Angestellte			Angehörige anderer Berufe		
	Anzahl	Männer	Frauen	Anzahl	Männer	Frauen
Landwirtschaft, Gärtnerei .....	20	17	3	20	20	—
Lebens- und Genußmittelgewerbe .....	27	27	—	24	24	—
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe ..	28	13	15	1	1	—
Leder- u. Gummiherstellung u. -Bearb. ..	2	2	—	2	2	—
Baugewerbe (Gipser, Maler usf.) .....	12	12	—	2	2	—
Holz- und Glasbearbeitung .....	6	6	—	2	2	—
Textilindustrie .....	4	4	—	—	—	—
Graphisches Gewerbe .....	12	12	—	3	3	—
Papierindustrie .....	2	1	1	—	—	—
Chemische Industrie .....	2	1	1	1	1	—
Metall-, Maschinen-, elektrotechn. Industrie (Schlosser, Mechaniker) .....	21	21	—	11	11	—
Uhrenindustrie .....	8	8	—	1	1	—
Handel und Versicherung .....	1	—	1	—	—	—
Hotel- und Gastgewerbe .....	33	25	8	2	2	—
Verkehrsdienst .....	8	2	6	—	—	—
Freie und gelehrte Berufe .....	141	54	87	85	78	7
Technische Berufe (Zeichner usf.) ....	22	22	—	41	41	—
Gesundheitspflege (Pflegerinnen usf.) .	17	2	15	1	1	—
Recht und Verwaltung .....	1	1	—	23	23	—
Unterricht und Erziehung .....	74	18	56	11	7	4
Künste (Musiker usf.) .....	15	4	11	—	—	—
Übrige .....	12	7	5	9	6	3
Haushalt .....	8	—	8	2	—	2
Übrige Berufsarten .....	5	2	3	2	2	—
Zusammen	340	207	133	158	149	9

Unter den 570 Akademikern waren nur 26 oder 4,6 % weiblichen Geschlechts. Sowohl von den Männern wie von den Frauen unter den Akademikern gehörten mehr als zwei Drittel der Gruppe der Juristen, Notare und Volkswirtschaftler an. Die meisten Akademiker konnten beim Bund weitgehend im erlernten Beruf tätig sein, was ihrer Vermittlungsfähigkeit zugutekommt. Die Angestellten mit nicht abgeschlossenem Hochschulstudium, die sogenannten Halbakademiker sind in diesen Zahlen nicht eingeschlossen, sondern bei jenen Berufsgruppen mitgezählt, zu welchen sie entsprechend ihrer Verwendung beim Bund zu rechnen sind.

Bei den 92 diplomierten Technikern handelt es sich in der Hauptsache um Hoch- und Tiefbau- sowie Maschinen- und Elektrotechniker. Unter ihnen befindet sich keine Frau. Anders als bei den Akademikern übt ein beträchtlicher Teil der dipl. Techniker eine berufsfremde Tätigkeit aus.

Wie die berufsfremden kaufmännischen Angestellten entstammten die Angehörigen der „andern Berufe“ den verschiedensten erlernten Berufen (vgl. Tabelle 5). Ihre Rückführung könnte also nicht etwa daran scheitern, daß durch sie ein bestimmter Beruf überfüllt würde. Die 149 Männer wurden vom Bund zu den unterschiedlichsten Zwecken verwendet, so 47 als fachtechnische Mitarbeiter, 27 als Zeichner, 24 als juristische Mitarbeiter, um nur die stärksten Gruppen zu nennen. Kaum die Hälfte von ihnen wird im erlernten oder einem diesen verwandten Beruf verwendet. Von den 9 Frauen erlernten sieben freie bzw. gelehrte Berufe (Lehrfach usf.); fünf von ihnen werden als Lagerleiterinnen, die andern als Übersetzerinnen usf. verwendet.

#### **e. Die Belastung des Arbeits- und Wohnungsmarktes.**

Die wichtigsten Probleme, vor welche das kriegsbedingte Bundespersonal die Behörden der Stadt stellt, sind das Arbeitsmarkt- und besonders das Wohnungsproblem.

Das Arbeitsmarktproblem ist im gegenwärtigen Zeitpunkt deshalb aktuell, weil der Abbau der Hilfsangestellten der Bundesverwaltung, der viel weniger weit gediehen ist als jener der kriegsbedingten Bundesarbeiter, durch Beschluß des Bundesrates vom 28. Dezember 1945 nunmehr beschleunigt vor sich geht. Durch eine Reihe von Hilfsmaßnahmen wird den Betroffenen der Austritt erleichtert. Das Militärdepartement hat im Zusammenhang mit der bereits im August 1945 erfolgten Aufhebung des Aktivdienstzustandes einen gewissen Vorsprung im Abbau seiner Hilfsangestellten erlangt. Der nur schrittweise Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, die weiterhin — wenn auch in kleinerem Umfang — nötige Flücht-

lingsbetreuung, das Fortbestehen der kriegsbedingten Steuern u. a. m. verzögerten den Abbau in den andern Departementen. Ende Februar 1946 zählte man noch immer 6543 kriegsbedingte Bundesangestellte oder 78,4% des anfangs 1945 festgestellten Gesamtbestandes von 8342.

Da 4159 oder rund der Hälfte aller kriegsbedingten Bundesangestellten Bern als Dienst- oder Wohnort dient, ist die Frage der Neuplacierung dieser Kräfte für die Bundesstadt von viel einschneidenderer Bedeutung als jene der zusätzlichen Arbeiter. Der Bestand der 4159 Bern näher interessierenden kriegsbedingten Bundesangestellten weist eine im Hinblick auf den Arbeitsmarkt günstige, im einzelnen bereits charakteristische Zusammensetzung auf. Sein besonders großer Frauenanteil (28,4%) vereinfacht grundsätzlich die Überführung in die Friedenswirtschaft ebenso, wie der starke Anteil der Ledigen und der Altersstufen von unter 30 Jahren. Das geringe durchschnittliche Dienstalder dieser Personalkategorie, zusammen mit ihrer provisorischen Anstellung, erleichtert ebenfalls ihre Umplacierung. Auch die Berufsverhältnisse sprechen dafür, daß bei der noch immer herrschenden großen Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes die Unterbringung der voll Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen möglich sein dürfte. Bei den berufsfremden kaufmännischen Angestellten und den Angehörigen „anderer Berufe“ steht der Rückkehr in den erlernten Beruf dessen mangelnde Aufnahmefähigkeit nicht entgegen, würde sich doch — wie wir gezeigt haben — der Rückstrom auf die verschiedensten Berufe verteilen und somit im einzelnen nicht ins Gewicht fallen.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß nur ein Bruchteil der 4159 Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt auftreten wird und zudem — wegen des schrittweisen Abbaus — nicht gleichzeitig. Ein beträchtlicher Teil der kriegsbedingten Angestellten findet in der ständigen Bundesverwaltung Aufnahme; das hat allerdings zu einer, wenn auch nur vorübergehenden, so doch gerade vom stadtbernischen Standpunkt aus unerwünschten Sperre der Bundesverwaltung für Neuanstellungen geführt. Eine — wenn auch bescheidene — Anzahl Angestellter will die Berufstätigkeit wieder aufgeben (was besonders bei der beträchtlichen Zahl verheirateter weiblicher Hilfsangestellter in Betracht kommt). Andere beabsichtigen sich vor Wiederaufnahme einer Berufstätigkeit weiterzubilden (man denke nur an die oberflächlich angelernten kaufmännischen Angestellten!). Eine weitere Gruppe wünscht sich selbständig zu machen und eine Reihe der Abzubauenden hat sich bereits eine künftige Stelle gesichert. Eine weitere Vereinfachung der Neuplacierung würde die Ermöglichung einer Auslandstätigkeit mit sich bringen, erklärte sich doch bei der Erhebung im Januar 1945 ein großer Teil der kriegsbedingten Bundesangestellten zu einer solchen bereit.

**Kriegsbedingte Angestellte der Bundesverwaltung mit Wohnsitz Bern,  
nach Wohnungs- und Zuzugskategorie**

6	Angestellte	Ansässige	Zugezogene	Insgesamt
	mit eigener Wohnung . . . . .	634	662	1296
	ohne eigene Wohnung . . . . .	823	1219	2042
	Zusammen	1457	1881	3338

Zur Abgrenzung des durch die kriegsbedingten Bundesangestellten für Bern entstandenen Wohnungsproblems ist die Feststellung wichtig, daß von den 3338, die Bern zum Wohnort haben, 1296 (38,8%) eine eigene Wohnung besitzen, wie vorstehende Übersicht erkennen läßt. Von diesen 1296 Angestellten waren 634 (48,9%) vor ihrem Eintritt in den Bundesdienst in Bern ansässig und besaßen hier eine eigene Wohnung, während die restlichen 662 (51,1%) erst mit oder seit ihrem Eintritt in die Bundesverwaltung nach Bern zogen. Die Belastung des stadtbernischen Wohnungsbestandes durch die zugezogenen kriegsbedingten Bundesangestellten betrug somit im Zeitpunkt der Erhebung 662 Wohnungen, jene durch die zugezogenen kriegsbedingten Arbeiter des Bundes — wie bereits erwähnt — 128 Wohnungen, so daß die zugezogenen kriegsbedingten Bundesfunktionäre insgesamt 790 Wohnungen (wovon gut  $\frac{3}{4}$  Kleinwohnungen) oder 2,0 % des Wohnungsbestandes von Anfang 1945 beanspruchten. Zu diesen Ausweisen ist zu bemerken, daß indirekt auch ein Teil der 634 Funktionäre, die schon vor 1939 in der Bundesstadt ansässig waren und seither in kriegsbedingte Bundesdienste traten, teilweise im Verlaufe des Krieges heirateten und eine Wohnung bezogen. Dadurch belasteten sie den Wohnungsmarkt ebenfalls, weil wenigstens eine gewisse Anzahl von ihnen in normalen Zeiten außerhalb Berns einen Hausstand in eigener Wohnung gegründet hätte. Die 790 Wohnungen, die auf das Konto kriegsbedingte Bundesfunktionäre gehen, stellen somit eine Mindestzahl dar.

Von den 3338 kriegsbedingten Bundesangestellten, die Bern zum Wohnort haben, sind 2042 (61,2 %) Zimmermieter, wovon 1219 Zuzüger. Der Anteil der Zimmermieter ist ganz besonders unter den ansässigen, aber auch unter den zugezogenen kriegsbedingten Bundesangestellten in der Stadt Bern größer als in den übrigen Wohnorten dieser Personalkategorie zusammengekommen.

Zu den 1219 kriegsbedingt zugezogenen Zimmermieter mit Wohnort Bern kommt noch jener Teil der 821 Aushilfsangestellten des Bundes mit

Dienstort Bern und auswärtigem Wohnort, welcher wegen zu großer Entfernung des Wohnorts in der Bundesstadt Wochenaufenthalt nimmt. Man darf als solche Wochenaufenthalter mindestens jene 271 Aushilfsangestellten zählen, deren Wohnort mehr als eine Reisestunde vom Arbeitsort Bern entfernt liegt. Damit erhöht sich die zusätzliche Belastung des Zimmermarktes in Bern durch Aushilfsangestellte des Bundes auf etwa 1300 Zimmer, wozu noch rund 100 von kriegsbedingten Bundesarbeitern (56 von Zuzüglern, der Rest von Wochenaufhaltern) beanspruchte Zimmer zu rechnen sind, um den gesamten zusätzlichen Zimmerbedarf der kriegsbedingten Bundesfunktionäre zu erkennen.

Von den 821 in Bern arbeitenden Aushilfsangestellten mit auswärtigem Wohnort wohnt auch ein beträchtlicher Teil, nämlich 248 oder 30,2% in den fünf zur Agglomeration zählenden Vororten der Bundesstadt.

Kommen 821 eidgenössische Aushilfsangestellte von auswärts an den Arbeitsort Bern, so suchen 178 Angestellte mit Wohnort Bern einen auswärtigen Arbeitsort auf. Es fallen also für 999 oder 24,0% der 4159 Bern interessierenden Aushilfsangestellten des Bundes Wohnort und Dienstort auseinander. Der Anteil der Funktionäre, bei denen Arbeitsort und Wohnort auseinanderfallen, ist demnach bei den kriegsbedingten Bundesangestellten viel geringer als bei den Arbeitern, dagegen ist ihre absolute Zahl gewichtiger (999 gegenüber 456).

### **Schlußbemerkungen.**

Der Beitrag der kriegsbedingten Bundesfunktionäre zum bestehenden Wohnungs- und Zimmerproblem in unserer Stadt darf nicht unterschätzt werden. Wenn sich die durch das kriegsbedingte Bundespersonal entstandenen Zu- und Wegzüge ungeschehen machen ließen, könnte man — wie aus der vorliegenden Untersuchung hervorgeht — kaum von einem Wohnungs- und Zimmermangel in der Stadt Bern sprechen. Wie immer man das Problem „kriegsbedingte Bundesfunktionäre und Berner Wohnungsmarkt“ betrachtet, die vorstehenden Ausführungen zeigen eindeutig, daß die kriegsbedingten Bundesfunktionäre die herrschende Wohnungsnot in Bern stark mitverschuldet haben. Es ist daher nicht mehr als recht und billig, wenn der Bund, der überdies im Jahre 1945 in Bern noch insgesamt 152 Wohnungen (davon 108 seit September 1939) zu Büro Zwecken gemietet und damit dem Wohnungsmarkt entzogen hatte, der Stadt Bern bei der Behebung dieser von ihm erheblich mitverschuldeten Notlage weitgehend mithilft.

Was den etwa erörterten Abbau vor allem der verheirateten kriegsbedingten Bundesfunktionäre und die damit in Zusammenhang gebrachte



Entlastung des Wohnungsmarktes betrifft, so dürfte es gut sein, sich in dieser Richtung keine allzu großen Hoffnungen zu machen, das besonders, wenn man von den Verhältnissen am Ende des ersten Weltkrieges auf die heutigen schließt und die teilweise Aufnahme des Hilfspersonals in die ständige Bundesverwaltung in Rechnung stellt.

Die Gefahr einer Überbelastung des stadtbernischen Arbeitsmarktes hat durch den seit etwa Halbjahresfrist vor sich gehenden schrittweisen Abbau des zusätzlichen Bundespersonals bei gleichzeitigem Fortbestand der lebhaften Nachfrage nach Arbeitskräften in fast allen Wirtschaftszweigen einiges von ihrer ursprünglich gefürchteten Schärfe eingebüßt. Nach Angaben des eidgenössischen Personalamtes betrug die Zahl der Bern interessierenden kriegsbedingten Bundesfunktionäre Ende Februar 1946 noch 400 bis 500 Arbeiter und 3600 bis 3700 Angestellte. Die in diesem Aufsatz gezeigte Zusammensetzung des abzubauenen Personals trägt zur verhältnismäßig geringen Belastung des Arbeitsmarktes wie zur raschen Vermittlung wesentlich bei. Nicht zuletzt ist aber das bisherige Gelingen der Neuunterbringung des Personals den umsichtigen und verständnisvollen Bemühungen der zuständigen städtischen und eidgenössischen Behörden um den Ausgleich von Stellenangebot und -nachfrage zu verdanken. So darf man wohl auch der Überführung der noch verbliebenen kriegsbedingten Bundesfunktionäre in die Friedenswirtschaft mit einigem Optimismus entgegensehen, selbst wenn man sich nicht verhehlt, daß sich unter dem Rest eine Anzahl schwerer Vermittelbarer befindet.